



(U.) P. LANGROCK / ZENIT, (G.) M. WOLF / LIST VERLAG 1997

Wolf 1997, Wolf 1949 in Moskau (M.)

ZEITGESCHICHTE

Infos vom Genossen Wolf

Als junger Diplomat war Markus Wolf kein netter Kollege. Der spätere DDR-Spionagechef, 1949 bis 1951 Rat an der DDR-Vertretung in Moskau, denunzierte in seiner Zeit an der Moskwa gern Vorgesetzte und Kollegen zu Hause in Ost-Berlin. Das belegen Dokumente aus dem Archiv des ehemaligen DDR-Außenministeriums. An Handelsrat Georg Henke kritisierte Wolf demnach das „absolute Nichtinformiertsein“ über wichtige Entscheidungen und riet Staatssekretär Anton Ackermann am 12. Juni 1950, sich mit Henke „einmal eingehender zu unterhalten“. An DDR-Botschafter Rudolf Appelt monierte der aufstrebende Jungdiplomate Wolf, der habe nicht am Parteischuljahr teilgenommen. Auch Appelts Frau sei selten gekommen. Ihre „mit der Haushaltsführung zusammenhängende Entschuldigung“ könne „nicht als stichhaltig gelten“. Andere ostdeutsche Genossen schwärzte Wolf bei der Kaderabteilung an – wegen „völliger Unterschätzung der Sowjetunion“. Über den großen Bruder wußte Wolf hingegen nur

Gutes zu berichten. Er bejubelte den „großen künstlerischen Erfolg“ des sowjetischen Puppentheaters und übergab Memoranden zum „Weltgeflügelkongreß“. Wolfs Kollegen revanchierten sich ihrerseits mit Indiskretionen über den Genossen. Missions-Sekretär Josef Schütz berichtete ans Ost-Berliner Außenministerium, Wolf habe während des Sommers 1950 auf der DDR-eigenen Datscha bei Moskau umsonst gewohnt und sich zusätzlich die Wohnung in der Stadt aus der Staatskasse bezahlen lassen. Zudem nutze Wolf, der gerade den Führerschein gemacht habe, den BMW der Botschaft, „wann er will“. Und schließlich decke der Nachwuchskader auch noch seine Schwägerin Lilly Stenzer, die als Sekretärin an der DDR-Vertretung arbeitete. Die habe „mit einem Sowjetbürger Verbindung“ und schon „einige Male nachts nicht zu Hause“ geschlafen. Wolfs Karriere schadete das Petzen nicht. Zwei Jahre später wurde er zum Chef der Auslandsspionage im Ministerium für Staatssicherheit befördert.

GRÜNE

Koenigs will nach Bonn

Tom Koenigs, Vorstandssprecher der Hessischen Grünen und Frankfurter Umweltdezernent, strebt nach Bonn. 1998 will er für den Bundestag kandidieren. Koenigs: „Wenn wir Helmut Kohl stürzen und es ein rot-grünes Projekt in Bonn gibt, möchte ich in irgendeiner Form dabei sein.“ Der Plan des populären grünen Finanzexperten hat ein Handicap: Weil der Vertraute von Grünen-Fraktionssprecher Joschka Fischer in Hessen eng mit der grünen Jugendorganisation zusammenarbeitet, will er bei seiner Kandidatur nicht den jungen Bundestagsabgeordneten Matthias Berninger aus Kassel verdrängen. Deshalb müßte sich Koenigs mit dem unsicheren sechsten Platz auf der hessischen Landesliste begnügen.



M. DARCHINGER

Koenigs

SPD

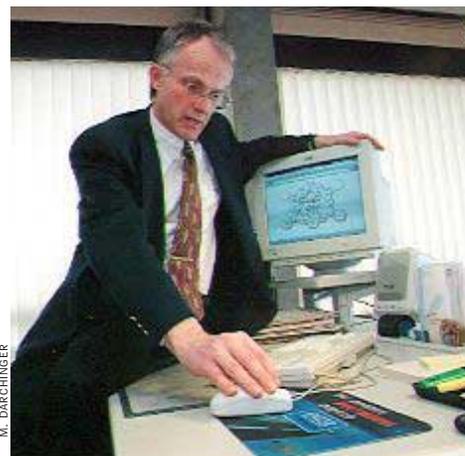
Test für Schröder-Thesen

Mit einer Mitgliederumfrage will die SPD in Hannover über die umstrittenen Sicherheitsthesen des niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder abstimmen lassen. Der SPD-Bezirk versandte dazu 3000 Fragebögen, die bis Mitte August ausgewertet werden sollen. Darin werden die Genossen gefragt, ob sie die von Schröder gegenüber BILD AM SONNTAG geäußerten Thesen „gut“, „populistisch, aber inhaltlich richtig“ oder „kontraproduktiv“ finden. Der potentielle SPD-Kanzlerkandidat aus Hannover hatte etwa erklärt, straffällige Ausländer müßten „raus, und zwar schnell“, Kinderschänder und Kindermörder seien lebenslang in speziellen Anstalten „wegzuschließen“.

BÜROKRATIE

Computer statt Papierkrieg

Forschungsminister Jürgen Rüttgers (CDU) will Unternehmen in Zukunft den zeitraubenden Papierkrieg um Fördergelder seines Hauses ersparen. In einem Modellversuch soll mittelständischen Firmen, die sich um Zuschüsse für Forschungskoperationen bewerben, das computergestützte Antragsverfahren „Efa“ (elektronischer Förderantrag) angeboten werden. Anstatt weiter umständlich ein



M. DARCHINGER

vierseitiges Formular plus acht Anlagen mit der Schreibmaschine auszufüllen, können Unternehmen künftig sämtliche Projektdaten am Bildschirm eingeben und auf elektronischem Weg zur Prüfung in Behörden verschicken. Auch aus Amtsstuben sollen so Aktenordner nach und nach verschwinden. Die Software bietet das Forschungsministerium als Diskette oder im Internet an. Das neue Verfahren werde die Bearbeitungszeit von bisher mehr als acht auf vier Wochen verkürzen, verspricht Rüttgers, der den Service auf weitere Förderprogramme ausdehnen möchte.

Rüttgers